

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

6 (16.1.1947)

KARLSRUHE BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH, Karlsruhe a. Rh., Lammstr. 1b-3, Tel. 631/53, Erschließung: Amel wöchentlich, Karlsruhe, Khe.-Land, Postheim (Eberlestr. 18), u. für Bruchsal, Friedrichstraße, Kaufhaus Schardt. 2. Jahrgang / Nummer 6 - Karlsruhe, Donnerstag, 16. Januar 1947 Einzelverkaufspreis 20 Pfg., Monatl. Bezugspreis RM 2,20, durch die Post bezogen RM 2,60 zuzügl. RM 0,36 Zustellgebühr. Anzeigenpreis: Die 10sp. Nonp-Zeile RM 2,-, Ausg. Pflanzl RM 1,-, Amtl. Anz. die Hälfte.

Funkmeldungen: Aus aller Welt

Washington, Präsident Truman hat dem Senat am 10. d. Mts. die Ernennung Warren Austins zum Nachfolger Baruch als Vertreter der USA im UN-Atomenergie-Ausschuß mitgeteilt. (dena) New York, 29 Nationen haben über die Zurückziehung ihrer diplomatischen Vertreter aus Spanien Bericht erstattet. (dena-Oans) Washington, USA beabsichtigt, eine „Hauptkette“ militärischer Stützpunkte im mittleren Pazifik zu unterhalten, in der die Hawaii-Inseln und Guam als größere Kraftpunkte gedacht sind. Eine zweite Kette von Stützpunkten ist ferner auf den Aleuten geplant. (dena-INS) Belgrad, Die drei im Belgrader Spionageprozeß zum Tode Verurteilten wurde am 13. d. Mts. hingerichtet. (dena-INS) Warschau, Graf Xaver Orzechowski und zwei seiner Mitangeklagten im Warschauer Spionageprozeß wurden am 14. d. Mts. zum Tode verurteilt. Sie wurden für schuldig befunden, im Dienste einer fremden Macht Spionage betrieben zu haben. (dena-INS) Paris, Der Sozialist Vincent Auriol ist am 14. d. Mts. wie in Paris offiziell bekanntgegeben wurde, mit 294 von 575 Stimmen zum Präsidenten der französischen Nationalversammlung wiedergewählt worden. Auguste Champetier de Ribes wurde am 14. d. Mts. im dritten Wahlgang zum Präsidenten des Rates der Republik wiedergewählt. (dena-Reuter)

Letzte Neuigkeiten

Franz.-britisches Bündnis angekündigt London, 16. Jan. (dena-Reuter) Ein britisch-französisches Bündnis wird, wie hier amtlich bekanntgegeben wurde, in kürzester Zeit abgeschlossen werden. Ein am Mittwochabend bei Beendigung der Besprechungen des französischen Premierministers Leon Blum mit Premierminister Attlee und Außenminister Bevin veröffentlichtes Kommuniqué besagt, daß ein Übereinkommen über ein in kürzester Zeit abzuschließendes Bündnis erzielt worden sei. Zweck dieses Bündnisses wird es sein, jeden weiteren Angriff seitens Deutschlands zu verhindern und die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit zu gewährleisten. Es wurde vereinbart, daß das britisch-französische Bündnis unter Berücksichtigung des Artikels 52 der Charta der Vereinten Nationen abgeschlossen werden soll. Die Verhandlungen werden in kürzester Zeit aufgenommen. Abzug sowjet. Besatzungstruppen? London, 16. Jan. (dena-INS) Der „Daily Telegraph“ meldete am 15. Jan. aus Berlin, daß die Sowjetunion möglicherweise ihre Besatzungstruppen aus Deutschland zurückziehen werde, außer einer geringen Streitkraft zum Schutz der sowjetischen Dienststellen. Die Zurückziehung dieser Truppen soll vor der Durchführung der Besprechungen der vier Außenminister in Moskau am 16. März stattfinden. Polen antwortet Warschau, 16. Jan. (ap) In Beantwortung der britischen und der amerikanischen Note über die Handhabung der Wahlvorbereitungen erwiderte die polnische Regierung am 14. d. Mts. kurz und bündig, die Wahlen würden am Sonntag stattfinden und alle Diskussionen seien überflüssig. Wilhelm Keil Landtagspräsident Stuttgart, 16. Jan. (dena) Wilhelm Keil (SPD) wurde in der Mittwochsitzung des württembergisch-badischen Landtages mit 46 Stimmen bei vier Stimmenthalten zum Landtagspräsidenten gewählt. Minister a. D. Josef Andre (CDU) erhielt 42 Stimmen. Die CDU protestierte gegen die Wahl und zog ihre Abgeordneten aus dem Präsidium zurück. Verhandlung gegen Pagen am 24. Jan. Nürnberg, 16. Jan. (dena) Die Spruchkammervorhandlung gegen Franz von Pagen ist von dem Präsidenten der Spruchkammer I für den 24. Januar festgesetzt worden. Prawda beschuldigt Bevin London, 15. Jan. (dena-Reuter) Das sowjetische Organ „Prawda“ behauptet in einem Artikel, welcher am Mittwoch von Radio Moskau veröffentlicht wurde, daß der britische Außenminister Ernest Bevin das anglo-sowjetische Abkommen über gegenseitige Hilfe preisgegeben habe. Geschenkpakete aus aller Welt Berlin, 15. Jan. (dena) Nach einem Beschluß des Koordinierungsausschusses der alliierten Kontrollbehörden dürfen ab 15. Januar Geschenkpakete aus allen Ländern, die zum Weltpostverein gehören - ausgenommen Spanien und Japan - nach allen Teilen Deutschlands geschickt werden, wobei alle vier Berliner Sektoren und die sowjetische Zone eingeschlossen sind.

KURZ BELEUCHTET

Der neue deutsche Parlamentarismus scheint seine Kinderschuhe noch nicht ausgetreten zu haben, auch nicht im württembergisch-badischen Raum. Kaum waren die Akten über eine Regierungsbildung geschlossen, bei der eine mit einem starken Schuß schwäbischen Partikularismus gemischte Parteipolitik eine keineswegs untergeordnete Rolle spielte, so kommt jetzt wieder die Kunde von einer Panne, die bei den Wahlen zum Landtagspräsidium passierte. Nach dem ungeschriebenen parlamentarischen Gesetz hätte die CDU den Anspruch auf die Stellung des Landtagspräsidenten gehabt. Sie machte von diesem Recht Gebrauch und schlug an Stelle des als Kultusminister ausgeschiedenen Landtagspräsidenten Simpfendorfer den Abgeordneten Andre als Nachfolger vor. Die SPD stellte als Gegenkandidaten den Abgeordneten Keil auf, offenbar weil sie die Bedenken gegen die Durchbrechung des ungeschriebenen parlamentarischen Gesetzes des Erstgeburtsrechts der stärksten Fraktion geringer ansah als jene gegen die Qualifikation des von der CDU präsentierten Kandidaten. Den Ausschlag gab, wie in so manchen Fällen bei der Beratung der Verfassung, die demokratische Fraktion, die in drei Teile aufspaltete, von denen einer sich der Stimme enthielt, der andere geringere für Andre und der dritte, stärkere für Keil votierte, so daß der letztere mit einem Plus von vier Stimmen als Sieger hervorging. Damit wurde eine politische Tatsache geschaffen, an der kein Protest etwas zu ändern vermögen konnte. W. B. Ein neuer Generaldirektor der UNRA Maj. Gen. Lowell W. Rooks aus Arlington wurde vom Zentralrat der UNRA mit Wirkung vom 31. Dez. 1946 zum Nachfolger von Generaldirektor Fiorenzo La Guardia gewählt. Lowell W. Rooks diente im vergangenen Jahre als stellv. Gen.-Direkt. der UNRA. Rooks diente auf den europäischen u. afrikanischen Hauptquartieren im Stabe von General Dwight D. Eisenhower (dena-Bild)

Friedensvorkonferenz begann

Rußland plädierte für Voranstellung des Vertrags mit Deutschland - Murphy zur Frage der Unterzeichnung

London, 15. Jan. (dena-Reuter) Die Vorkonferenzen der Stellvertreter der Außenminister über die Deutschlandfrage und den Staatsvertrag mit Oesterreich wurden am 14. Jan. eröffnet. Der brit. Außenminister Ernest Bevin erklärte, er hoffe, daß es noch vor den Besprechungen der vier Außenminister in Moskau möglich sein werde, einen Vertrag mit Oesterreich auszuarbeiten. Zur Deutschlandfrage erklärte der Außenminister, daß alle Wünsche, ein Wiedererstarktes Deutschlands zu verhindern. Zum Friedensvertrag mit Oesterreich sagte Bevin, dieser dürfe dem Land keine wirtschaftlichen Fesseln anlegen. London, 15. Jan. (ap) Mit der Ablehnung eines sowjetischen Vorschlags, den Entwurf eines Friedensvertrags mit Oesterreich bis nach der Besprechung des deutschen Friedensvertrags zurückzustellen, setzten die stellvertretenden Außenminister die vorbereitenden Arbeiten für die Moskauer März-Konferenz fort. Friedensvertrag ohne deutsche Unterschrift? Die „New York Herald Tribune“ vom 7. ds. Mts. bringt in einem Aufsatz ihres Korrespondenten John Elliot eine Betrachtung zu der Londoner Konferenz der stellvertretenden Außenminister. Elliot schreibt u. a.: „Die stellvertretenden Außenministerkonferenz, die sich in London in diesem Monat zusammensetzt, um eine Verfahrensordnung für die Moskauer Friedenskonferenz auszuarbeiten, kann sich vielleicht dahingehend entscheiden, daß keine Volldeklaration besteht, eine deutsche Unterzeichnung des Friedensvertrags vorzunehmen, sagte Botschafter Robert D. Murphy heute. Ferner heißt es bei Elliot: „Mr. Murphy, politischer Ratgeber der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, erklärte in einer Pressekonferenz zusammen mit Generalleutnant Lucius D. Clay, stellvertretendem Militärregierung für Deutschland, daß die Alliierten dieses Verfahren in Betracht zogen: 1. weil es keine deutsche autoritative Regierung wäre, die den Vertrag unterzeichnen könnte; 2. weil einige Alliierte den Fehler zu vermeiden wünschten, den die Alliierten im Jahre 1919 gemacht hätten, nämlich eine junge deutsche Demokratie mit dem Stigma und der Verantwortlichkeit für die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zu belasten, der sicher demütigend und militärischer Vorgänger moralisch verantwortlich ist. Mr. Murphy drückte seine Überzeugung dahingehend aus, daß die alliierten Mächte zu dem Entschluß kommen würden, daß es trotz der Schwierigkeiten ratsam wäre, den Friedensvertrag durch eine deutsche Regierung mitunterzeichnen zu lassen.“ Verhandlungen über lebensfähiges Deutschland Berlin, 15. Jan. (dena) Unter der Überschrift „Verhandlungen über Demontage und Reparationen“ veröffentlicht die Berliner Abendzeitung „Nacht Express“ eine Meldung, aus der hervorgeht, daß z. Zt. in Berlin Verhandlungen zwischen der sowjetischen Militärverwaltung und deutschen politischen Persönlichkeiten stattfinden, um die Grundlagen für ein künftiges lebensfähiges Deutschland zu besprechen. „Es hat den Anschein“, als ob die sowjetische Militär-Administration bereit ist, den deutschen Wünschen in der Frage der Demontage deutscher Werke nachzukommen. Auch die jetzt so aktuelle Frage der Reparationen dürfte von sowjetischer Seite her eine Lösung finden, die weitgehend alle vernünftigen Wünsche Deutschlands berücksichtigt.“ Saar-Kommunisten gegen Anschluss Saarbrücken, 15. Jan. (dena-DPD) Gegen den wirtschaftlichen und politischen Anschluss an Frankreich spricht sich eine Entschliessung der KPD-Bezirksleitung Saar-Nahe aus. In der Resolution wendet sich die KPD gegen die Zollgrenzen und die beabsichtigte Einführung der franz. Währung im Saargebiet. Die franz. Zone mit Gewinn veraltet London, 15. Jan. (dena) Die Londoner „Times“ veröffentlichte am 20. Dez. einen Bericht eines

Sowjetunion fordert Stützpunkt auf Spitzbergen

London, 15. Jan. (dena-Reuter) Die Sowjetregierung hat bei der Regierung Norwegens um die Möglichkeit zur Errichtung militärischer Stützpunkte auf Spitzbergen nachgesucht.

Gemeinsame Verteidigung Spitzbergens

London, 15. Jan. (ap) Nach einer Taß-Meldung vom 14. ds. Mts. ist zwischen den Regierungen Norwegens und der Sowjetunion ein Abkommen über die gemeinsame Verteidigung des Archipels von Spitzbergen erzielt worden. „Der Vertrag von 1920 läßt die Interessen der Sicherung der UdSSR sowie die wichtigen Wirtschaftsinteressen der Sowjetunion im Norden vollkommen unberücksichtigt“, meldet Taß. „Was das Problem der Sicherheit der UdSSR anbetrifft, so hat der zweite Weltkrieg den klaren Beweis erbracht, daß die Inseln von Spitzbergen, die an der westlichen Ausmündung des Ozeans liegen, in dieser Hinsicht für die Sowjetunion von außergewöhnlicher Bedeutung sind.“

Neue Pässe für Niederländer

Frankfurt, 15. Jan. (dena) Niederländer, die gegenwärtig in der US-Zone in Hessen und Württemberg-Baden wohnen, können nach einer Mitteilung der niederländischen Verbindungsmission beim US-Hauptquartier ihre Pässe und sonstigen niederländischen Papiere zur Erlangung neuer Pässe noch einwenden.

Erlangung britischer Staatsangehörigkeit

Berlin, 15. Jan. (dena) Alle Personen in Deutschland, die Anspruch auf die britische Staatsangehörigkeit zu erheben wünschen und Gesuche irgendwelcher Art auf Hilfe, wie Reatriierung, finanzielle Unterstützung, Ausstellung eines britischen Passes, stellen wollen, müssen zunächst der zuständigen Militärregierung eine schriftliche Erklärung über ihre Tätigkeit in Deutschland während des Krieges sowie einen vollständig ausgefüllten Fragebogen einreichen.

Beamtenprogramm für US- und brit. Zone

Berlin, 15. Jan. (dena) „Deutsche Fachleute entwickeln gegenwärtig ein Beamtenprogramm. Zweck des Programms ist die Besetzung der Zweizonen-Behörden mit Fachkräften auf der Basis von Vernunft, Eignung und Unparteilichkeit.“

Stuttgarter Kabus-Prozeß

Stuttgart, 15. Jan. (Eig. Bericht.) Am 7. Tag des Kabus-Prozesses sagte Helmut Klump aus Kabus habe befohlen, daß er mit „Hilf Kabus“ zu begrüßen sei.

Alle Sprachen im Auslands-Postverkehr

Berlin, 15. Jan. (dena) Der Gebrauch aller Sprachen im Postverkehr von Deutschland nach dem Ausland ist ab 15. Januar 1947 von den vier Besatzungsmächten genehmigt worden.

Arzte-Appell an die Welt

Berlin, 15. Jan. (dena) Insgesamt 260 deutsche Ärzte, die sich am 12. Januar in Berlin versammelten, nahmen eine Resolution an, worin die Weltöffentlichkeit auf den erschreckenden Gesundheitszustand der Berliner Bevölkerung aufmerksam gemacht wird.

Empörung hessischer KPD

Wiesbaden, 15. Jan. (dena) „Mit Empörung und Entrüstung“ nahmen die versammelten Kennis von den wahren Zusammenhängen und Hintergründen der Ausschaltung der Kommunistischen Partei, heißt es in einer Entschliessung der KPD vom 9. ds. Mts.

Zum Urteil gegen Helene Schwärzel

Berlin, 15. Jan. (dena) Dr. Paul Runge, der Verteidiger Helene Schwärzels, der Denunziantin Dr. Gördelers, hat beim Berliner Schwurgericht gegen das kürzlich erlassene Urteil, das auf 15 Jahre Zuchthaus wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit lautete, Berufung eingelegt. Das Gericht habe festgestellt, daß Helene Schwärzel aus Geltungsbedürfnis handelte. Aus diesem Grunde könne das Urteil nicht auf „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ lauten.

Kamm dürfte im Amt verbleiben

Eine Erklärung Dr. Reinhold Maier - Denazifizierung stark gefördert Stuttgart, 15. Jan. (dena) Es sei zu erwarten, daß Minister Kamm dem Kabinett erhalten bleibe, erklärte der württembergisch-badische Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier am 14. d. Mts. in einer Pressekonferenz im Staatsministerium. Noch bei der letzten Kabinettsitzung habe volle Übereinstimmung zwischen der Auffassung des Entnazifizierungsministers Kamm und den Ansichten der übrigen Kabinettsmitglieder bestanden.

Blum dementiert

London, 15. Jan. (dena-INS) Der französische Premierminister Leon Blum dementierte am 14. Jan. offiziell einen britischen Pressebericht, dem zufolge Sowjetrußland Frankreich Vorschläge bezüglich Deutschlands gemacht haben soll.

Bidaunts Programm

New York, 15. Jan. (dena) Der ehemalige französische Ministerpräsident und Außenminister Bidaunt hat ein Programm für die Wiedervereinigung der deutschen Länder veröffentlicht.

Die Hälfte aller Meldebogen geprüft

Von den 2635 180 in Württemberg-Baden eingegangenen Meldebogen wurden, wie aus einer Statistik des württembergisch-badischen Befehlshabers hervorgeht, 1109 166, d. h. 42,1 Prozent, geprüft.

Belgiens Forderungen

Brüssel, 15. Jan. (ap) Der belgische Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten billigte eine Note in der kleine Bechtigung an der belgisch-deutschen Grenze aus „wirtschaftlichen Gründen“ gefordert werden.

Keine österreichische Delegation

Wien, 15. Jan. (dena-Reuter) Ein Sprecher der österreichischen Regierung hat am 13. d. Mts. bekanntgegeben, Oesterreich werde vorerst keine Delegation zu den Londoner Vorbereitungen über die Verträge mit Deutschland und Oesterreich entsenden.

SPD- und CDU-Erklärung

Berlin, 15. Jan. (dena) „Die SPD erwartet von der Vorbereitung der Außenminister in London, daß ein Weg für eine internationale Lösung der deutschen Frage gefunden wird, der ein friedliches Europa für die Zukunft sichert“, heißt es in einer Erklärung der Parteileitung der Berliner SPD über die am 14. d. Mts. in London begonnene Verhandlungen der stellv. Außenminister.

Holländisches Memorandum

Den Haag, 15. Jan. (dena-Reuter) Die holländische Regierung unterbreitete am 14. d. Mts. ein Memorandum über die deutsche Frage.

Parteien zur Saarfrage

„Es muß und kann eine Regelung gefunden werden“

Stuttgart, 15. Jan. (dena) „Es muß und kann eine Regelung der Saarfrage gefunden werden, die der politischen und nationalen Zugehörigkeit der Saarbevölkerung entspricht und zugleich den wirtschaftlichen Ansprüchen Frankreichs gerecht wird“, heißt es in einer Entschliessung zur Saarfrage, die die FDP Bayerns, die DVP Württemberg-Badens sowie die LDP Hessens am 8. Jan. bei der Zonenparteiung in Stuttgart faßten. „Die Mittelungen über die Zollabgrenzung des Saargebietes haben uns mit schwerer Sorge erfüllt, weil wir darin den Versuch einer politischen Vorgehensweise sehen, die den gemeinsamen Friedensgesprächen zur Aufgabe gestellt sind, und von deren Lösung die dauernde seelische, politische und wirtschaftliche Befriedigung abhängt. Gebietsabtretungen bedrohen die Existenz unseres Volkes, ohne dem verständlichen Sicherheitsbedürfnis der Nachbarvölker zu dienen.“

Sonderkorrespondenten über die Verwaltung der franz. Besatzungszone Deutschlands

Sonderkorrespondenten über die Verwaltung der franz. Besatzungszone Deutschlands, in dem es heißt: „Die franz. Besatzungsbehörden haben das Kunststück fertiggebracht, ihre Zone nicht nur ohne Zustimmung, sondern sogar mit einem kleinen Gewinn zu verwalten. Sie stützen sich dabei auf eine Bestimmung des Potsdamer Abkommens, wonach sich das deutsche Volk ohne Hilfe von außen erhalten soll. Die Franzosen haben ihren Gewinn dadurch erzielt, daß sie mehr ausgeführt als eingeführt haben. Nach Frankreich wurden z. B. 90 Prozent der Saarkohle exportiert. Der Gesamtexport für 1946 dürfte sich auf rund 60 Mill. Dollar belaufen; das ist betrahe dreimal so viel wie der Wert der Exporte aus der amerikanischen Zone in 16 Monaten. An 2 Dingen herrscht Mangel in der französischen Zone, an Kohle und Getreide. Da im letzten Viertel des Jahres 1946 die zugeführten 150 000 t Getreide aus Amerika nicht eingetroffen sind, mußte Anfang November die Brotzubereitung um ein Drittel gekürzt werden.“

Frankreich vor neuer Kabinettskrise

Paris, 15. Jan. (dena-Reuter) Eine neue politische Krise steht Frankreich nach einem Bericht des diplomatischen Korrespondenten in Paris mit der Eröffnung der beiden Häuser des Parlaments am 14. d. Mts. bevor.

Montgomery über Moskau-Besuch

Moskau, 15. Jan. (dena-Reuter) Der britische Feldmarschall Lord Bernard Montgomery äußerte am 10. ds. Mts. nach seiner Privatunterredung mit Marschall Stalin, die über eine Stunde währte: „Ich habe mich großartig mit dem Generalissimus unterhalten“. Er habe den Wunsch, Marschall Wasiliewski und der Sowjetarmee nicht nur für die ihm erwiesene gastfreie Aufnahme zu danken, sondern auch für die ihm gegebene Möglichkeit, ein freundschaftliches Verhältnis zur Armee anzuknüpfen. Die Aufgabe der Gegenwart liege in der Mitarbeit zur Festigung eines dauernden Friedens. Auf die Frage nach seinem Eindruck über die sowjetischen Militärakademien erwiderte der Feldmarschall, daß er von deren Leistungen tief beeindruckt sei.

Zum Urteil gegen Helene Schwärzel

Berlin, 15. Jan. (dena) Dr. Paul Runge, der Verteidiger Helene Schwärzels, der Denunziantin Dr. Gördelers, hat beim Berliner Schwurgericht gegen das kürzlich erlassene Urteil, das auf 15 Jahre Zuchthaus wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit lautete, Berufung eingelegt. Das Gericht habe festgestellt, daß Helene Schwärzel aus Geltungsbedürfnis handelte. Aus diesem Grunde könne das Urteil nicht auf „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ lauten.

Sonderkorrespondenten über die Verwaltung der franz. Besatzungszone Deutschlands

Sonderkorrespondenten über die Verwaltung der franz. Besatzungszone Deutschlands, in dem es heißt: „Die franz. Besatzungsbehörden haben das Kunststück fertiggebracht, ihre Zone nicht nur ohne Zustimmung, sondern sogar mit einem kleinen Gewinn zu verwalten. Sie stützen sich dabei auf eine Bestimmung des Potsdamer Abkommens, wonach sich das deutsche Volk ohne Hilfe von außen erhalten soll. Die Franzosen haben ihren Gewinn dadurch erzielt, daß sie mehr ausgeführt als eingeführt haben. Nach Frankreich wurden z. B. 90 Prozent der Saarkohle exportiert. Der Gesamtexport für 1946 dürfte sich auf rund 60 Mill. Dollar belaufen; das ist betrahe dreimal so viel wie der Wert der Exporte aus der amerikanischen Zone in 16 Monaten. An 2 Dingen herrscht Mangel in der französischen Zone, an Kohle und Getreide. Da im letzten Viertel des Jahres 1946 die zugeführten 150 000 t Getreide aus Amerika nicht eingetroffen sind, mußte Anfang November die Brotzubereitung um ein Drittel gekürzt werden.“

Frankreich vor neuer Kabinettskrise

Paris, 15. Jan. (dena-Reuter) Eine neue politische Krise steht Frankreich nach einem Bericht des diplomatischen Korrespondenten in Paris mit der Eröffnung der beiden Häuser des Parlaments am 14. d. Mts. bevor.

Montgomery über Moskau-Besuch

Moskau, 15. Jan. (dena-Reuter) Der britische Feldmarschall Lord Bernard Montgomery äußerte am 10. ds. Mts. nach seiner Privatunterredung mit Marschall Stalin, die über eine Stunde währte: „Ich habe mich großartig mit dem Generalissimus unterhalten“. Er habe den Wunsch, Marschall Wasiliewski und der Sowjetarmee nicht nur für die ihm erwiesene gastfreie Aufnahme zu danken, sondern auch für die ihm gegebene Möglichkeit, ein freundschaftliches Verhältnis zur Armee anzuknüpfen. Die Aufgabe der Gegenwart liege in der Mitarbeit zur Festigung eines dauernden Friedens. Auf die Frage nach seinem Eindruck über die sowjetischen Militärakademien erwiderte der Feldmarschall, daß er von deren Leistungen tief beeindruckt sei.

Zum Urteil gegen Helene Schwärzel

Berlin, 15. Jan. (dena) Dr. Paul Runge, der Verteidiger Helene Schwärzels, der Denunziantin Dr. Gördelers, hat beim Berliner Schwurgericht gegen das kürzlich erlassene Urteil, das auf 15 Jahre Zuchthaus wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit lautete, Berufung eingelegt. Das Gericht habe festgestellt, daß Helene Schwärzel aus Geltungsbedürfnis handelte. Aus diesem Grunde könne das Urteil nicht auf „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ lauten.

